

Präsidium des Grossen Gemeinderates Zug
c/o Stadtkanzlei
Gubelstrasse 22
6301 Zug

Parlamentarischer Vorstoss GGR
Eingang : 20.02.2023
Bekanntgabe im GGR : 28.02.2023

Zug, 20. Februar 2023

Interpellation zu russischen Firmen sowie deren Steuergeldern und zur Hilfe für die Ukraine

Aufgrund einer Erklärung des Stadtrates vom 6. März 2022 zu „Unternehmen, welche dem russischen Staat nahestehen“ und der Notwendigkeit weiterer humanitärer und Wiederaufbauhilfe für die Ukraine stellen wir dem Stadtrat die untenstehenden Fragen.

Durch die starke Präsenz von Firmen, Banken und Personen, die dem russischen Staat nahestehen in Zug, ist unsere Stadt besonders herausgefordert, sich dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zu stellen. Die „Erklärung des Stadtrates zum Krieg in der Ukraine“ (6.3.2022) hatte auch damit zu tun. Je länger der Krieg dauert, desto grösser wird die moralische und politische Herausforderung und desto stärker wird die Verpflichtung zur finanziellen und menschlichen Solidarität für die Stadt Zug. Für mehr finanzielle Solidarität spricht auch die Tatsache, dass etliche Rohstoff-Firmen wegen des Krieges Übergewinne machen. Aus diesen Gründen bitten wir den Stadtrat zu folgenden Fragen schriftlich Stellung zu nehmen:

- Sind die Unternehmen, von denen der Stadtrat erwartete, „sich vom Überfall Russlands auf die Ukraine zu distanzieren“, diesem Anliegen nachgekommen? Hat der Stadtrat in jenen Fällen, in denen es nicht geschah, konkret nachgehakt? Hat er insbesondere mit NordStream, Gazprom und Sber Trading diesbezüglich Kontakt aufgenommen?
- Sind dem Stadtrat Unternehmen bekannt, die, wie er am 6.3.22 forderte, „ihren Einfluss für eine friedliche Lösung geltend“ machten?
- Wie hat der Stadtrat sonst noch der „unglaublichen Betroffenheit über diesen Angriffskrieg Ausdruck verliehen“, wie es Alt-Stadtpäsident Karl Kobelt gegenüber der NZZ am Sonntag (12.6.22) versprochen hat?
- Ist der Stadtrat bereit, die Steuereinnahmen von Firmen und Personen mit Bezug zum russischen Staat für die humanitäre und die Wiederaufbau-Hilfe in der Ukraine einzusetzen?
- Ist er grundsätzlich bereit, die finanzielle Hilfe für die Ukraine fortzusetzen und auszuweiten?
- Ist er bereit für den Fall einer weiteren Eskalation zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen?
- Welche standortpolitischen Folgerungen zieht der Stadtrat aus den Tatsachen, dass sich in den letzten 20 Jahren zahlreiche russische, aufgrund der dortigen Verhältnisse meist staatsnahe Firmen, in Zug niedergelassen haben und dass damit aus unserer Stadt viele Gelder in Putins Kriegskasse geflossen sind?
- Braucht die Stadt Zug in den Worten eines Zuger Mitte-Politikers (Zuger Zeitung, 6.4.22)? eine „neue DNA“ ?

Julia Küng und Delia Meier

Gemeinderätinnen Junge Alternative Zug